



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 06/2023
Palermo, 29.03.2023



Scirocco

borderline-europe, Sizilien –

Teil 06/2023

Palermo, 29.03.2023

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Neue Regierungsdekrete

Bereits im letzten [Scirocco](#) berichteten wir über das neue Dekret 20/2023, das bei der Mjnisterratssitzung am 9. März in Cutro beschlossen wurde. Was sich die Regierung dieses Mal ausgedacht hat, findet sich [hier](#).

Die italienische Regierung hat am 17. März ein weiteres Dekret erlassen, welches die Liste der [Sicheren Drittstaaten](#) erweitert. Neben Albanien, Algerien, Bosnien Herzegowina, Cap Verde, Ghana, Kosovo, Nordmazedonien, Marokko, Montenegro, Senegal, Serbien und Tunesien gelten nur auch die Elfenbeinküste, Gambia und Georgien als sichere Drittstaaten. Geflüchtete, die aus diesen Ländern nach Italien kommen, durchlaufen bei einem Antrag auf internationalen Schutz nur noch ein Schnellverfahren. Zudem können sie einfacher in Abschiebungshaft genommen und abgeschoben werden.

Balkanroute

Laut einem [Bericht von Frontex aus dem Jahr 2022](#) sind die Zahlen der Ankünfte über die sog. Balkanroute auf die des Jahres 2016 gestiegen. Aufgrund der

immer problematischer werdenden Landroute flüchten nun auch viele Menschen über die äußerst gefährliche Route per Boot direkt von der Türkei Richtung Italien. 18.000 Menschen sollen Italien über See erreicht haben, das deckt sich mit den Zählungen von [borderline-europe](#). 118% mehr afghanische Geflüchtete sollen laut Bericht der Tageszeitung [Il Messaggero](#) Italien erreicht haben. Grund dafür ist auch die Unmöglichkeit, in Griechenland Asyl zu erhalten und sich dort ein Leben aufzubauen.

Wir berichteten in unseren vorherigen Ausgaben über die Obdachlosigkeit von Geflüchteten in der italienisch-slowenischen Grenzregion und die politische Unwilligkeit, Menschen in andere Regionen Italiens umzuverteilen. Diese Ankünfte seien Schuld der kroatischen Regierung, so der Sicherheitsbeauftragte der Region, [Pierpaolo Roberti](#), die alle Geflüchteten passieren lassen würde. Doch wir kennen die Bilder der Grenzen auf der Balkanroute, sie sind vor allem [von Gewalt und Abschreckung geprägt](#). Ebenfalls zur Abschreckung und zur Verfolgung der Geflüchteten wie auch der „Schlepper“ nahm die Region Friaul-Julisch Venetien [65 Fotokameras](#) im Grenzgebiet Triest und Gorizia in Betrieb, die an weniger bewachten Stellen die Bewegungen verzeichnen. Anhand der Fotos sollen Verhaftungen vorgenommen und „Schlepper“prozesse ermöglicht werden, fotografierte Geflüchtete könnten schneller abgeschoben werden. Damit reiht sich Italien in die Liste von Ländern wie Kroatien, Rumänien und Ungarn ein, die allesamt ihre Grenzen mit bestimmten Technologien ausstatten, um

Asylsuchende vom Grenzübertritt abzuhalten.

Italiens bilaterale Bestrebungen

Zur Eindämmung der Migration versucht Italien weiterhin diverse bilaterale Abkommen mit verschiedenen Herkunfts- und Transitländern einzugehen. Außenminister Antonio Tajani und Ministerpräsidentin Giorgia **Meloni** fordern konkrete Handlungsmaßnahmen der EU, um auf die Migrationssituation in Italien zu reagieren.

Ebenfalls wird ein Treffen des italienischen Außenministers Tajani mit Vertreter*innen aus Slowenien und Kroatien in Rom stattfinden, um sich über eine **geplante Zusammenarbeit** bezüglich der Balkanroute abzustimmen. Weitere Informationen über Italiens bilaterale Beziehungen zu Ägypten, Tunesien und der Türkei finden sich **hier** und im Spezifischen über Italiens Zusammenarbeit mit Libyen **hier**.



La Goulette, Hafen von Tunis. Foto: Ludovica Gualandi

EU und Italien

Die fünf „Med-Länder“ (Zypern, Griechenland, Malta, Spanien und Italien) plädieren dafür, in der EU-Migrationspolitik einen **stärkeren Fokus** auf bereits abgewiesene Asylsuchende und ihre Abschiebung zu legen. Des Weiteren fordern die fünf Länder nordeuropäische EU-Mitglieder dazu auf,

einem freiwilligen und solidarischen „relocation scheme“ folgend, mehr Migrant*innen zu akzeptieren, die von den Küstenstaaten aufgenommen wurden. Laut dem griechischen Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachi, wurden 2022 nur 1% der Migrant*innen für eine Umsiedlung von Ankunftsstaaten in andere EU-Länder akzeptiert.

Die Forderung der „Med 5“ hinsichtlich der Abschiebungen geht mit dem jüngst von der EU-Kommission veröffentlichten **Plan** einher, der ebenfalls eine verbesserte Koordinierung der EU-Staaten für Abschiebungen vorsieht. Diesbezüglich hat die EU-Kommission Empfehlungen zur gegenseitigen Anerkennung von Ausweisungsanordnungen gegeben. So sollen EU-Länder Ausweisungsbeschlüsse gegenseitig anerkennen, um zu verhindern, dass Migrant*innen, nachdem ihr Asylantrag in einem Land abgelehnt wurde, unerlaubt in ein anderes Land reisen und es dort erneut versuchen. Dieses Vorgehen soll die **Sekundärmigration** in der Union unterbinden und den zweiten Staat befähigen, die Rückführung durchzuführen.

Open Arms

Am 24. März 2023, gab es eine neue Anhörung im Fall Open Arms gegen den ehemaligen Innenminister Matteo Salvini in Palermo. Die Anwälte Salvinis zeigten sich zufrieden, da sie meinten, Ungereimtheiten im Verhalten der NGO Open Arms im Fall der Rettung von 55 Migrant*innen im Jahr 2019 aufgedeckt zu haben. Außerdem zeige sich laut der Verteidigung, dass Open Arms am **Menschenhandel** beteiligt sei. Erst seit wenigen Monaten ist bekannt, dass ein italienisches U-Boot die Bewegungen der

Open Arms verfolgt, aber nicht eingegriffen oder andere Schiffe zur Hilfe geholt hatte, als diese die Menschen in Seenot rettete. Open Arms reichte Beschwerde gegen die Besatzung der Marine wegen „unterlassener Hilfeleistung“ ein. Auch im Falle der Open Arms wird von der Verteidigung versucht, die Rettung als „nicht nötig“ darzustellen, da sich das Boot nicht in Gefahr befunden habe. Erneut stehen also „Verhinderung der unerlaubten Einreise“ gegen Seenotrettungsfall. Wir haben in Cutro sehen können, wohin das führt – an die 100 Menschen verloren ihr Leben aufgrund dieser Strategie der Behörden.

Italiens Grenze zu Frankreich

Eine Richterin hat [in Turin 18 Personen freigesprochen](#), die unerlaubt ein Haus in Piemont in Nordwestitalien besetzt und als Unterschlupf für Geflüchtete und Migrant*innen umfunktioniert haben. Die Aktivist*innen halfen Personen, die Schwierigkeiten beim Grenzübertritt nach Frankreich hatten.

Außerdem hat eine Demonstration mit mehr als fünfhundert Menschen am 17. März am [Montgenèvre-Pass](#), stattgefunden. Dabei wurde gegen das skrupellose Vorgehen der Grenzpolizei und die weitere Verschärfung der Migrationspolitik in Frankreich protestiert. Kommend von der Balkanroute überqueren circa 10.000 Personen, darunter viele Familien und unbegleitete Minderjährige, jedes Jahr die Grenze zwischen Claviere in Italien und Montgenèvre in Frankreich. Am Montgenèvre-Pass organisieren sich Freiwillige seit Jahren selbst, um ankommende Geflüchtete und Migrant*innen aufzusuchen und ihnen Hilfe zu leisten. Wie Anne Gautier von Tous

Migrants berichtet, werden die Freiwilligen dafür ständig von der Grenzpolizei eingeschüchtert, obwohl diese in den vergangenen Jahren laut Gautier selbst „hunderte von Rechtsverletzungen“ begangen haben.

Rechtes Narrativ der Invasion

Die Anzahl der in Italien ankommenden Migrant*innen wird von Seiten des italienischen Geheimdienstes [seit Jahren deutlich überschätzt](#). Durch die Prognosen wurde in den vergangenen 15 Jahren mehrmals eine „Invasion“ von Migrant*innen vorhergesagt, die sich jedoch nie bewahrheitete. Selbst im Rekordjahr 2016 kamen nur 181.436 Geflüchtete in Italien an, während für dieses Jahr 400.000 Migrant*innen vom Geheimdienst vorhergesagt wurden. Durch diese Zahlen bedient der italienische Geheimdienst erneut das rechte Narrativ der „Invasionsgefahr“ in Italien.

Situation der Geflüchteten

Cutro

Die Opferzahl des Schiffsunglücks in Cutro beträgt inzwischen [91 Personen](#).



Demonstration in Palermo, 18. März 2023: Beendet das Sterben, sofort!

[Bürgermeister Antonio Ceraso](#) erklärte, den Friedhof von Cutro zur Verfügung

gestellt zu haben, um dort einen islamischen Friedhof einrichten zu können. Während die Identifizierung der Opfer weiterläuft, haben in Italien mehrere Demonstrationen in Gedenken an die Opfer von Cutro stattgefunden. In [Palermo](#) forderten Bürger*innen am 18. März 2023 die italienische Regierung auf, das Massaker zu beenden und Präventions- und Rettungsmaßnahmen auf See zu ergreifen. Einen [ausführlichen und lesenswerten Bericht](#) zu der Arbeit mit den Hinterbliebenen, der Schwierigkeiten der Identifizierung der Toten und den Überführungen hat die Gruppe MemMed verfasst.

Hotspot Lampedusa

Regionspräsident Renato Schifani und Leiter der Abteilung für Bürgerrechte und Einwanderung, Valerio Valentini, haben dem Hotspot einen ca. 10-minütigen Besuch abgestattet. Vor Ort haben sie sich einen [Überblick](#) über die katastrophalen Zustände gemacht und erklärt, weitere Flugzeugtransfers einzuleiten. Mehrere hundert Menschen sollen den Hotspot alsbald verlassen, [Priorität hätten dabei Frauen und Kinder](#). Derzeit befinden sich ca. [2500](#) Personen im überfüllten Hotspot Lampedusa (Kapazität weniger als 400 Plätze).

Hinsichtlich der Tatsache, dass sich unbegleitete Minderjährige in dem Hotspot aufhalten, die rechtlich gesehen nicht dort sein dürfen, erklärte [Schifani](#), dass es keine Notsituation gebe, da es „erwachsene Minderjährige“ seien, „niemand unter zehn Jahren“ [sic!].

Abschiebehaft

Das CPR (Abschiebehaft) in [Turin](#) wurde seit 25 Jahren zum ersten Mal vorübergehend geschlossen. Unruhen in

der Einrichtung führten dazu, dass die Räumlichkeiten unbrauchbar gemacht und Personen verlegt wurden. Die verbliebenen sechs Migrant*innen traten in einen mehrtätigen Hungerstreik, woraufhin auch sie verlegt wurden.

Des Weiteren gibt es neue Erkenntnisse im Fall des Tunesiers Wissem Ben Abdel Latif (wir berichteten darüber bereits in unserem Magazin [Streiflicht](#)). Nach den Ergebnissen der Autopsie ist nun erwiesen, dass Latif im Alter von 26 Jahren durch die Verabreichung von drei verschiedenen [Betäubungsmitteln](#), angekettet an ein Krankenhausbett in Rom, starb. Es wird gegen zwei Ärzte und zwei Pfleger*innen [ermittelt](#).

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.